Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 91 (1997)

Heft: 2

Rubrik: Zeichen der Zeit : "Nun geht es für die Schweiz ans Bezahlen" (L. Ragaz)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zeichen der Zeit

«Nun geht es für die Schweiz ans Bezahlen» (L. Ragaz)

Was Leonhard Ragaz 1945 in der letzten von ihm herausgegebenen Nummer der Neuen Wege voraussah, scheint sich erst heute zu erfüllen: «Nun geht es für die Schweiz ans Bezahlen.» Die Vergangenheit, die lange verdrängte, holt sie ein – die offizielle Schweiz und «ihre» Banken. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es kein Zurückweichen mehr hinter die Frontlinie des strammen Antikommunismus, der auch den USA wichtiger war als die Verarbeitung der Kollaboration einer politischen und wirtschaftliche Elite dieses Landes mit dem Dritten Reich. Dass jetzt, wo es «ans Bezahlen» geht, die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft hilflos reagieren, verwundert nicht; dass einige es bereits wieder mit antisemitischen Stereotypen tun, zeigt, wohin die Schweiz treibt, wenn sie unfähig bleibt, sich ihrer Vergangenheit zu stellen und Trauerarbeit zu leisten.

Das unsägliche Interview eines Bundespräsidenten

Am 31. Dezember des Vorjahres hat der abtretende Bundespräsident *Jean-Pascal Delamuraz* in der Tribune de Genève sich zum «schwierigsten Moment» in seiner Präsidentschaft geäussert. Das sei *«die Affäre um die jüdischen Vermögen und das Nazigold»* gewesen. Er sprach nicht von einer moralischen Belastung durch das Unrecht, das die Schweiz zahllosen Jüdinnen und Juden angetan hat. O nein, es ging Herrn Delamuraz bloss um eine «Affäre», die sich gegen unser Land richtete, um einen «beträchtlichen politischen Willen, die Schweiz zu destabilisieren und zu kompromittieren» und «den Finanzplatz Schweiz zu diskreditieren». Gefragt nach der Schaffung eines Hilfsfonds für die Opfer des Holocaust, meinte der Magistrat, auch bei dieser Forderung sei «schlechter Wille am Werk». Darum gelte es «aufzupassen». Ein solcher Fonds könnte «als Schuldeingeständnis» angesehen werden. Als ob «Auschwitz in der Schweiz» wäre. Die von jüdischen Organisationen geforderten 250 Millionen Franken seien «nichts anderes als eine Lösegeld-Erpressung».

Delamuraz' «Entschuldigung», die über vierzehn Tage auf sich warten liess, erst unter Druck von aussen zustande kam und dennoch keine war, machte alles noch viel schlimmer. Herr Delamuraz bedauerte lediglich, «die Gefühle» von Jüdinnen und Juden verletzt zu haben. Sein Bedauern galt nicht den eigenen Worten, sondern ihren Auswirkungen. Er fand sogar eine Entschuldigung dafür, dass er sich nicht entschuldigen müsste: «Die Informationen, auf denen meine Ausführungen zur Schaffung eines Fonds basierten, waren unpräzis.» Hätten die 250 Millionen einer präzisen Forderung entsprochen, wäre die unsägliche Aussage von der «Lösegeld-Erpessung» demnach zu Recht erfolgt...

Wir wissen inzwischen, dass der Botschafter in den USA, *Carlo Jagmetti,* dem Bundesrat diese *Verschwörungstheorie* nahegelegt hatte. In einem vertraulichen Strategiepapier sprach Jagmetti von Gegnern, denen man «nicht vertrauen» könne, und von einem «Krieg, den die Schweiz an der Aussen- und an der Innenfront führen und gewinnen» müsse. Die Empörung, die dieses Papier nach seiner Veröffentlichung durch die Sonntags-Zeitung auslöste, kostete Jagmetti den Botschafterposten, den er angeblich freiwillig quittierte.

Delamuraz dagegen hegt keine Rücktrittsabsichten. Als ob ein Bundesrat, der solche Strategiepapiere ernst nimmt, den Anspruch erheben könnte, selbst noch ernst genommen zu werden. Ein Bundes-

rat, der auf der Höhe seines Amtes denken und handeln würde, hätte aus der «Lagebeurteilung» seines Botschafters in den USA nur die eine Konsequenz ziehen können, dass da der falsche Mann auf diesem Posten sitzt.

Verdrängte Schuldfrage

Inzwischen haben die Grossbanken 100 Millionen Franken für einen *humanitären Fonds* zugunsten der Holocaust-Opfer und ihrer Familien bereitgestellt. Die Initiative ist zu begrüssen, auch wenn sie erst unter Boykottdrohungen zustande kam. Weniger verständlich ist das Zögern des Bundesrates. Dieser will erst einmal die Ergebnisse der von ihm eingesetzten Historikerkommission abwarten, bevor er sich an einem solchen Fonds beteiligen möchte.

Als ob die Schuldfrage gegenüber den Opfern des Holocaust nicht längst beantwortet wäre! Das Standardwerk «Geschichte der Schweiz – und der Schweizer» hat schon 1983 die Schweiz als wichtigsten Goldumschlagplatz für Nazideutschland dargestellt und nicht unerwähnt gelassen, dass dieses deutsche Gold «zu einem guten Teil geraubtes Gold» war, darunter «auch solches, das von den Opfern der Konzentrationslager stammte». Zitiert wurde ebenfalls das Wort des damaligen Reichsbankministers, dass Deutschland «nicht länger als zwei Monate auf diese schweizerische Dienstleistung verzichten» könnte. Hinzu kamen Kriegsmateriallieferungen in einem Ausmass, dass zum Beispiel 1941/42 die Waffenindustrie etwa zu 60 Prozent für die Achsenmächte arbeitete.

Dass Juden nicht als politische Flüchtlinge galten, dass Deutschland auf Betreiben der Schweiz den J-Stempel einführte und dass wegen dieser Flüchtlingspolitik mehr als 30 0000 jüdische Frauen, Männer und Kinder in den sicheren Tod getrieben wurden, ist ebenfalls bekannt. Alfred A. Häslers Buch «Das Boot ist voll», das noch von 10 000 abgewiesenen jüdischen Flüchtlingen ausging, erschien bereits 1967. Heute schätzt Häsler die Gesamtzahl aller Flüchtlinge, die von der Schweiz den Nazis ausgeliefert wurden, auf 50 000 bis 100 000 (Weltwoche, 9.1.97). Es gibt auch eine exakt bezifferbare Summe, für die «Bern» schon längst hätte geradestehen müssen: die 55 Millionen Franken, die der Bundesrat während des Zweiten Weltkriegs von den jüdischen Gemeinschaften zur Finanzierung des Aufenthalts jüdischer Flüchtlinge verlangte...

Als *Leonhard Ragaz* 1945 vom «Bezahlen» sprach, meinte er damit weniger eine Schuld in Franken und Rappen als das «Sinken unseres moralischen und politischen Kredites bei den anderen Völkern», aber auch unsere «partie honteuse», das «point d'argent, point de Suisse», eine «Milliarde deutscher Fluchtgelder» in Schweizer Banktresoren und «unsere Hehlerarbeit in bezug auf die deutschen Gelder». Ragaz hielt die Politik der damaligen offiziellen Schweiz für «profaschistisch». «Wir haben», schrieb er im Maiheft 1945, «schon lange vor dem Kriege und dann noch lange während des Krieges, bis sein Ausgang sehr deutlich wurde, zur Aufrüstung besonders Deutschlands gewaltig viel beigetragen, mehr, als die meisten Schweizer wissen oder auch nur ahnen. Es ist fraglich, ob die deutsche Aufrüstung gerade in ihren wesentlichsten Teilen (ich denke besonders an die Luftwaffe) überhaupt hätte durchgeführt werden können ohne die Hilfe der Schweiz». Im Märzheft kam Ragaz auf die «Behandlung der Flüchtlingsfrage» durch die offizielle Schweiz zu sprechen. Seine Überzeugung war: «Wir werden für diese Schuld furchtbar bezahlen müssen.» Auch mit einer «Millionenspende», die an sich «eine gute Sache» sei, könnten solche Sünden nicht völlig gutgemacht werden. «Gott erlaubt solche Zudeckungen nicht.»

Es ist beschämend, dass die offizielle Schweiz erst unter dem Druck aus den USA bereit ist, die «Schuldfrage» abklären zu lassen. Mit bombastischen *«Diamantfeiern»* hat unsere Regierung lieber die Kriegsmobilmachung als das Kriegsende gefeiert. Die Armee musste es gewesen sein, die unser Land vor dem Nationalsozialismus rettete, nicht die Kollaboration

mit ihm. Das äusserste, was einem Bundesrat bislang zur Verarbeitung dieser traurigen Vergangenheit einfiel, war die Entschuldigung Kaspar Villigers für den Juden-Stempel im Mai 1995. Gleichzeitig relativierte er die wirtschaftlichen Hehlerdienste und Lieferungen für die Achsenmächte durch die halbherzige Rechtfertigung: «Die Sorge unserer Wirtschaftsdiplomatie war stets nur die Sicherstellung der Versorgung, nie die geldgierige Kollaboration.»

Auch Ragaz hat «das relative Recht dieser Antwort nie verkannt». Dass die Schweiz den *Weg der «Anpassung»* wählen musste, war im Juniheft 1945 auch seine Ansicht: «Aber nicht, weil er der bessere gewesen wäre, sondern weil wir, so wie wir sind und waren, nicht fähig gewesen wären, den andern zu gehen... Aber – und das ist ein starkes Aber! – sollen wir daraus nachträglich, uns selbst und andere belügend, einen Weg der Ehre machen?»

«Passiver Antisemitismus»

Aus Umfragen geht hervor, dass die *Mehrheit des Schweizervolkes* dem Erpressungsvorwurf des Herrn Delamuraz zustimmt. Dieser hat mit seinen «unreflektierten Äusserungen», wie die NZZ (16.1.97) verharmlosend kommentierte, dem Antisemitismus Tür und Tor geöffnet. Wenn Juden ihre Rechte geltend machen, steckt dahinter eine «nicht ganz saubere Intention», ja «Erpressung». Geldgierig sind sie und nicht etwa die Banken, die es in mehr als 50 Jahren nicht fertiggebracht haben, die Frage der «nachrichtenlosen Vermögen» – genauer der «Blutgelder des Holocaust»(Sigi Feigel, WoZ, 17.1.97) – befriedigend zu lösen.

Herr Delamuraz hat in seinem Interview noch eine weitere Aussage gemacht, die auf *antisemitischen Stereotypen* beruht. Er hat damit gedroht, dass die Forderung nach einem 250-Millionen-Fonds «zu antisemitischen Reaktionen in der Schweiz führen» werde. Die Juden sollen sich mit ihren Begehren zurückhalten, sonst wecken sie den latenten Antisemitismus, so lautet der scheinbar gutgemeinte Rat, der den Antisemitismus verrät, vor dem er warnt. Schon zur Nazizeit haben Bundesrat und eidgenössische Fremdenpolizei die jüdischen Flüchtlinge verjagt, um angeblich die Schweizer Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus zu schützen. Wenn Antisemitismus ausbricht, sind die Juden daran selber schuld.

Heute äussert sich Antisemitismus in der Schweiz vor allem durch die Unfähigkeit oder Weigerung, ihn zu verarbeiten. Von einem «passiven Antisemitismus» spricht Branco Weiss im Tages-Anzeiger (6.2.97). Eine kleine Episode bei der Bestellung der Historikerkommission für die «nachrichtenlosen Vermögen» brachte es an den Tag. Der ursprünglich für das Präsidium vorgesehene Freiburger Historiker *Urs Altermatt* hat zwar verdienstvolle Studien über den Katholizismus und selbst über Rechtsextremismus in der Schweiz verfasst, nur der im katholischen Milieu von jeher tief verwurzelte Antisemitismus schien dem «Mentalitätsgeschichtler» dabei zu entgehen. Bekannt ist, dass der katholisch-konservative Bundesrat Philipp Etter 1942 eine Demarche des IKRK gegen die Deportationen von Jüdinnen und Juden nach Auschwitz verhindert hat. Wir kennen auch die antisemitischen Auslassungen seines Partei- und späteren Amtskollegen Ludwig von Moos. Und wir wissen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelte, sondern um Symptome antijüdischer Unduldsamkeit im Katholizismus, die bis heute nachwirken. Von all dem ist in den Schriften des renommierten Katholizismus-Forschers nichts zu lesen.

Der «Fall Altermatt» wirft ein Licht auf die fehlende Aufarbeitung des Antisemitismus innerhalb der *«katholischen» Geschichtsschreibung*. Schwerer wiegt, dass sich die katholische Kirche selbst an dieser Aufarbeitung kaum beteiligt.

Die *Kirche,* und gewiss nicht nur die katholische, hätte allen Grund, sich ihrem historischen Antijudaismus zu stellen und ihn als Hauptursache für das moralische Versagen der offiziellen Schweiz gegenüber den Holocaust-Opfern zu begreifen.